

FRAUEN IN DER CORONA-KRISE

Wir befinden uns mit der Corona-Pandemie in einem Ausnahmezustand, der deutlicher denn je bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern sichtbar werden lässt. Für alle ist spürbar, dass Frauen unsere Gesellschaft in dieser Krise zusammenhalten. Doch trotz all ihrer Leistungen im Beruflichen wie im Privaten, ist schon jetzt zu befürchten, dass Frauen bei den Maßnahmen zur Abmilderung der Krisenfolgen ins Hintertreffen geraten. Der Deutsche Frauenrat fordert deshalb eine geschlechtergerechte Krisenpolitik, die sicherstellt, dass die dafür eingesetzten Steuermittel gleichermaßen bei Frauen wie bei Männern ankommen. Auch oder gerade in der Krise trägt ein geschlechtergerechter Bundeshaushalt zu einer gesamtgesellschaftlichen Stabilisierung bei.

Corona stellt die gleichstellungspolitische Systemfrage

Das neue Schlagwort heißt „systemrelevant“. Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung liegt der Frauenanteil in den systemrelevanten Berufsgruppen bei knapp 75 Prozent. Als Krankenpflegerinnen und Ärztinnen kümmern sie sich an vorderster Front um die am Corona-Virus Erkrankten, stets unter Gefahr, sich selbst zu infizieren. Als Kassiererinnen „halten sie den Laden am Laufen“, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Krisenansprache betonte. Als Erzieherinnen betreuen sie die Kinder derer, die ihrem systemrelevanten Job nicht fernbleiben können, weil Schulen und Kitas geschlossen wurden. Gemeinsam haben diese Berufe nicht nur, dass sie in der Corona-Krise als unverzichtbar eingestuft werden, sondern auch, dass sie als „Frauenberufe“ schlecht bezahlt sind – eine Folge der gesellschaftlichen Geringschätzung von Sorgearbeit als typisch weibliche Tätigkeit: Was in der Familie ‚umsonst‘ geleistet wird, erzielt auch auf dem Arbeitsmarkt keinen angemessenen ökonomischen Wert. Dabei ist Fürsorgearbeit für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand existenziell. Die Arbeitsleistungen von Frauen bilden nicht erst in der Krise das Rückgrat unseres Systems.

Faire Löhne statt Beifall

Wenn sich nun Politiker*innen öffentlich bei diesen Berufsgruppen bedanken und die Gesellschaft abends klatschend am Fenster dem Pflegepersonal ihren Respekt zollt, dann kann der nächste Schritt nur sein, dass die professionelle Sorgearbeit durch angemessene Gehälter aufgewertet und die Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten verbessert werden. Forderungen, die der DF seit vielen Jahren erhebt. Das 156 Mrd. Euro schwere Hilfspaket, das die Bundesregierung zur Linderung der nun drohenden ökonomischen Krise aufgelegt hat, muss deshalb zu besseren Bedingungen und höheren Gehältern in den systemtragenden Jobs führen.

Doppelschichten und Einkommensverluste

Zuhause stehen Frauen aktuell vor kaum zu bewältigenden Herausforderungen. In Familien mit Kindern müssen diese wegen der Schließung von Kitas und Schulen tagsüber betreut, versorgt und zum Teil unterrichtet werden. Gleichzeitig soll eigentlich der Job im Homeoffice erledigt werden und auch die Haushaltsarbeit wird nicht weniger. Befragungen zeigen: Die zusätzliche Sorgearbeit übernimmt in Familien mit zwei Erziehenden in den meisten Fällen die Frau, die schon vor Corona durchschnittlich 1,5 Stunden täglich mehr damit verbracht hat als ein Mann. Ebenso sind pflegende Angehörige z.B. durch die Schließung von Tagespflegeeinrichtungen in ihrer Erwerbsarbeit deutlich eingeschränkt und von finanziellen Einbußen bedroht. Das alles ist schon für zwei Erziehende herausfordernd, für die 1,5 Mio. Alleinerziehenden – davon rund 90 Prozent Frauen – ist das schlicht nicht leistbar.

Erste von der Regierung auf den Weg gebrachte Maßnahmen haben diese Doppelbelastungen für Familien und damit meistens für Frauen zwar berücksichtigt, aber längst nicht ausreichend. Denn Frauen sind aufgrund strukturell bedingter Nachteile sowieso schon in ihrer finanziellen Unabhängigkeit bedroht. Statt Entgeltersatzleistungen für all diejenigen auf den Weg zu bringen, die durch die Schließung von Einrichtungen finanzielle Einbußen erwarten, wurde mit dem Entschädigungsanspruch lediglich eine Art Härtefallregelung geschaffen. Die vielen Anspruchsvoraussetzungen werden nur wenige Mütter nachweisen können. Die Entschädigungszahlungen selbst sind bei 67 Prozent des Nettolohns gedeckelt. Familien mit kleinen Einkommen kommen damit unmöglich über die Runden.

Wirtschaftspolitik für Frauen gestalten

Das betrifft auch die Regelungen des Kurzarbeitergeldes, das ebenfalls nur eine Fortzahlung von maximal zwei Drittel des wegfallenden Nettogehalts garantiert – ein weiterer Faktor, der sich auf die dank Ehegattensplitting hoch besteuerten Einkommen vieler Ehefrauen negativ auswirkt. Anspruch auf Kurzarbeitergeld kann zudem nur erheben, wer in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat. Auf die Beschäftigungsformen von Frauen trifft das aber oftmals nicht zu: Viele Frauen arbeiten in Minijobs, im informellen Sektor oder sind anderweitig prekär beschäftigt und somit in Krisenzeiten kaum geschützt. Damit langfristig nicht doch vor allem Frauen finanziell unter der Pandemie leiden, ist es umso wichtiger, dass Maßnahmen zur Abmilderung der Corona-Krise – anders als das Konjunkturpaket nach der Finanzkrise 2008 – nicht nur Männerberufe beispielsweise in der Industrie in den Fokus nehmen, sondern Beschäftigungsformen und -verhältnisse von Frauen gleichermaßen berücksichtigen.

Anstieg häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder

Zahlen aus China und Europa bestätigen, was bereits zu Beginn der Pandemie befürchtet wurde: Häusliche Gewalt nimmt in Krisenzeiten zu. Die häusliche Isolation, verbunden mit existenziellen Sorgen und Nöten, erhöht das von Partnern und Vätern ausgehende Gewaltisiko für Frauen und Kinder. Social Distancing, Homeoffice und Kita- und Schulschließungen sorgen zudem dafür, dass die Betroffenen noch weniger persönliche Hilfe suchen können und dass ihre Verletzungen niemandem auffallen. Daher ist es zwingend notwendig, die Arbeit von Beratungsstellen und Frauenhäusern in und vor allem nach der Krise, bedarfsgerecht auszubauen und dauerhaft sicherzustellen. Wegen des erhöhten Bedarfs müssen kurzfristig, wie Bundesfrauenministerin Franziska Giffey angekündigt hat, Hotels oder Ferienwohnungen zur Unterbringung bedrohter Frauen und Kinder angemietet werden.

Geburtshilfe sichern

Auch die Beratung von Schwangeren und die Geburtshilfe stehen in Krisenzeiten vor Herausforderungen. Krankenhäuser beginnen aus Infektionsschutzgründen damit, werdende Väter nicht mehr als Begleitperson in die Kreißsäle zu lassen. Für die durch den Hebammenmangel chronisch überlastete Geburtshilfe bedeutet das, die Gebärenden über weite Strecken der Geburt alleine zu lassen und den Ansturm auf die Krankenhäuser zu verschärfen, die noch Begleitpersonen zulassen. Auch hier müssen nach der Krise alle Bereiche der Frauengesundheit so finanziert werden, dass Gebärende und ihre Säuglinge jederzeit gut betreut und medizinisch versorgt sein können.

Aus der Krise lernen heißt: Gleichstellungspolitik strukturell umsetzen

Die Corona-Krise macht deutlich: Ein System, das maßgeblich von den Schlechtbezahlten, Doppelbelasteten und von Gewalt Bedrohten zusammengehalten wird, arbeitet schon im Normalbetrieb an seiner Belastungsgrenze. Aus Corona lernen muss deshalb heißen, die systematische Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern abzubauen. Grundvoraussetzung dafür ist eine geschlechtergerechte Verteilung der Mittel in allen öffentlichen Haushalten.

In Zeiten der Pandemie hätte eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie, die alle Entscheidungsebenen verpflichtet, Gleichstellung als Querschnittsthema in ihren Vorhaben und Projekten zu berücksichtigen, viel Gutes bewirkt. Nach der Krise muss sie kommen. Der Deutsche Frauenrat wird darauf achten und erst recht nach dieser Krise eine wirksame strukturelle Gleichstellungspolitik einfordern.